



Beisetzung Berliner Revolutions-Opfer, Trauerredner Liebknecht 1918: „Proletarier noch nie so zu Grabe getragen“

## November 1918: „Kartoffeln – keine Revolution“

Die SPD als Junior-Partner der alten Mächte / Von SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Malanowski

### 3. Fortsetzung

Am 20. November 1918 trugen Berlins Arbeiter und Soldaten acht Opfer der Revolution zu Grabe\*. Hunderttausende versammelten sich in den Morgenstunden auf dem Tempelhofer Feld. Es war Buß- und Bettag. Nebel lag über der Reichshauptstadt.

Um zwölf Uhr setzte sich der Trauerzug in Bewegung, voran Matrosen der Volksmarinedivision und Dragoner zu Pferde. Seite an Seite marschierten die zerstrittenen Genossen: Sozialdemokraten, Unabhängige, Spartakisten. Von allen Kirchen läuteten die Glocken.

Die Särge, bedeckt mit Kränzen und roten Blumen, waren auf drei schwarz-drahierten Lastwagen verteilt. Soldaten des einst königlichen Alexanderregiments trugen rote Fahnen.

Gegen 16 Uhr erreichte der Zug den „Friedhof der Märzgefallenen“. Wo einst die Opfer der 1848er Revolution begraben worden waren, wurden 1918 die Arbeiter beigesetzt, die, so der Sozialdemokrat Hermann Müller, „am Eingangstor zur deutschen Republik gefallen waren“.

Zu dem kleinen Friedhof selbst hatten nur Verwandte, Volksbeauftragte und Mitglieder des Vollzugsrats sowie

\* Am 9. November 1918 wurden in Berlin 15 Aufständische getötet. Sieben Opfer waren schon vor dem 20. November auf verschiedenen Friedhöfen beerdigt worden. Die Todesopfer auf der Gegenseite wurden nicht genau ermittelt, waren aber nach allen Schätzungen geringer.

Vertreter der Behörden und der sozialistischen Parteien Zugang. 450 Männer des Arbeitersängerbundes stimmten das Freiheitslied „Unsterblichkeit“ an, und ein Bläserchor spielte: „Ich hatt' einen Kameraden.“

„So waren, seit die Welt besteht“, fand Trauergast Hermann Müller, „Proletarier noch nicht zu Grabe geleitet worden.“

Um jeglichen Mißklang an offenen Proletariergräbern zu vermeiden, sollte als einziger Vertreter der Volksbeauftragten und der sozialistischen Parteien nur der Linksradikale Emil Barth sprechen. Barth sprach: „Lieber im Sturme stehen, als betteln müssen; lieber zugrunde gehen, als andern die Füße küssen.“

Aber dann kam es doch zum Mißklang. Spartakist Liebkecht trat plötzlich vor und fing zu reden an. Er forderte die rücksichtslose Verwirklichung der sozialistischen Republik und beschwor die Trauergemeinde: „Die Revolution ist in größter Gefahr.“

Die Revolution war in Gefahr — aber nicht die Revolution, die Eberts Sozialdemokraten gewollt hatten. Die war schon am 10. November 1918 „beendet“, wie der Parteichef einen Tag nach der Umwälzung in der Reichshauptstadt dem Hollandsch Nieuws Bureau erklärt hatte. In Gefahr war, was Spartakus („Alle Macht den Räten“) unter Revolution verstand:

▷ „Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen;

- ▷ „Übernahme sämtlicher militärischen und zivilen Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrats;
- ▷ „Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat;
- ▷ „Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit;
- ▷ „Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat, bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrats.“

Je mehr sich die Sozialdemokraten nach rechts orientierten, desto entschiedener rückten die Spartakisten nach links. Mit Flugblättern und Artikeln im Spartakus-Organ „Rote Fahne“ (Hermann Müller: „In Drucker-schwärze umgesetzte Schreikrämpfe“) riefen sie das „Berliner Proletariat in Bluse und Feldgrau“ zum Widerstand gegen die Volksbeauftragten auf: „Es darf kein ‚Scheidemann‘ mehr in der Regierung sitzen.“

Doch je weiter Spartakus nach links rückte, je mehr Arbeiter der kleine Haufe um Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht auf die Straße brachte, desto enger verbündeten sich die Sozialdemokraten mit der alten Armee und alten Bürokratie. Je radikaler Spartakus wurde, desto kräftiger regte sich auch die Konterrevolution. „So setzte bereits in diesem Stadium die unheilvolle Wechselwirkung zwischen den politischen Extremen ein“, schrieb Hi-

storiker Gerhard A. Ritter 1968, „die der ersten deutschen Republik zum Verhängnis werden sollte.“

Plötzlich war die alte Rechte wieder da, die in Deutschland noch alle revolutionären Zeitläufte heil überstanden hatte. Kaiserstreue, Antibolschewismus und Antisemitismus lauteten die Parolen, unter denen sie wieder Tritt faßte.

Rechte Männer gründeten den „Vaterländischen Volksbund“, um „stramme nationale... Erziehungsrarbeit“ zu leisten. Die „Antibolschewistische Liga“ forderte: „Jeder an seinem Platz gegen Spartakus. Du deutsches Volk erwache.“ Und der „Bund der Kaiserstreuen“ klagte: „Oh, du armes, betrogenes Volk. Auf 200 Deutsche kommen im Deutschen Reich nur drei Juden, aber in seiner heutigen Regierung kommen auf 100 Männer schon 80 Juden.“

„die Ordnung des alten Deutschlands“ wiederherstellen. Im Feldheer kursierte ein Flugblatt, das aufrief, „die bürgerlichen Elemente wieder zur Herrschaft zu bringen... die radikalen Elemente zu beseitigen“.

Und die nationale „Deutsche Tageszeitung“ gab zu verstehen: „Die Regierung braucht nichts weiter zu tun, als die... notwendigen Waffen zu liefern... Das deutsche Bürgertum hat denn nun doch keine Lust, zum guten Schluß von Marodeuren totgeschlagen zu werden, weil die Regierung aus Furcht vor der Scylla der Gegenrevolution der Charybdis des Bolschewismus zum Opfer fällt.“

In Gegenwart des sozialdemokratischen Stadtkommandanten beschloßen die Führer der Berliner Truppenteile unter Vorsitz der Unteroffiziere Krebs und Mutz Maßnahmen gegen Spartakus. Jedes Bataillon sollte einen

Trupp zusammenstellen, mit Karabinern und Maschinengewehren ausrüsten und Tag und Nacht alarmbereit halten. Jedem Soldaten dieser Kommandos standen fünf Reichsmark Sonderlöhnung zu.

Der „Bund der Vereinigung aktiver Unteroffiziere und Kapitulanten“ beschloß im Zirkus Busch, „einzugreifen, sobald irgendeine Clique es wagt, die bestehende Ordnung umzustößen“. An der Berliner Universität formierte sich, vom preußischen Kriegsministerium mit Geld und Waffen versehen, die „Studentenwehr“. Sie richtete sich, so erläuterte später „Studenten-

wehr“-Führer cand. jur. Günther Axhausen, „naturgemäß zunächst gegen die nach unserer Ansicht größte Gefahr, d. h. die Spartakusgruppe“.

Am 6. Dezember, vier Wochen nach der Umwälzung in Berlin, war es soweit. „Die Reaktion witterte Frühlingluft“, urteilte Scheidemann, „sie glaubte, mit der ganzen Revolutionsdekoration aufräumen zu können.“ Die Parole lautete: „Rotherz.“

Als gegen 16.30 Uhr ein vom Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) genehmigter Demonstrationszug aus Spartakisten und mit Spartakus sympathisierenden Fronturlaubern und Deserteuren in die Chausseestraße einbog, eröffneten Gardefüseliere der Unteroffiziere Krebs und Mutz das Feuer. 16 Tote und zwölf Schwerverletzte blieben auf der Straße. Die MG-Schützen trugen Armbinden mit rotem Herz.

Zur gleichen Stunde drangen bewaffnete Soldaten in das preußische Abgeordnetenhaus ein — nun Sitz des Vollzugsrats des Großberliner Arbeiter- und Soldatenrates. Den Auftrag gab der Kommandeur des Kaiser-

## Arbeiter, Bürger!

Daß Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe!

**Schlagt ihre Führer tot!  
Tötet Liebknecht!**

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

**Die Frontsoldaten**

Frontsoldaten-Aufruf 1918: „Parole Rotherz“

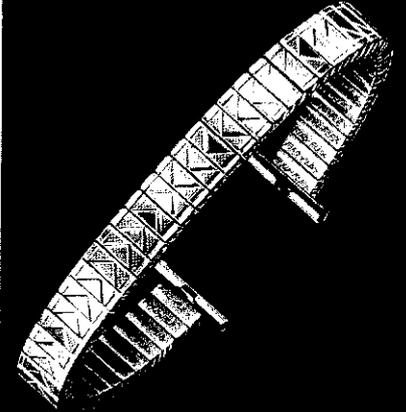
Die Spartakisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren an allem schuld. „Klirrt irgendwo auf der Straße eine Fensterscheibe“, so Rosa Luxemburg, „platzt an der Ecke ein Pneumatik mit lautem Knall, gleich schaut sich der Philister mit gesträubten Haaren und einer Gänsehaut auf dem Rücken um; „Aha, sicher kommen die Spartakusleute.“

Liebknecht wurde von verschreckten Bürgern angegangen, bei dem angeblich von Spartakisten geplanten „bethlehemitischen Kindermord“ die Angehörigen zu verschonen — „so geschehen wahr und wahrhaftig im ersten Jahr und Monat der glorreichen deutschen Revolution“ (Rosa Luxemburg).

Auch die Truppe machte mobil: Die Heeresgruppe B verfügte „streng geheim“, jede Armee habe eine Division bereitzustellen. Die 234. Infanteriedivision befahl, die Räte davonzujagen, und gab vorsorglich 25 scharfe Patronen aus: „Falls es soweit ist, werdet ihr weitere 25 Stück erhalten.“

General Sixt von Armin ließ in Aachen die roten Fahnen von den Dächern holen und wollte am liebsten

**Der richtige Tip  
zum Thema Uhr!**



Ganz einfach: Ein Uhrband von RoWi! Elegant oder sportlich, wie Sie wollen. Auf alle Fälle immer attraktiv, immer praktisch, immer bequem. Suchen Sie sich beim Fachhändler Ihr Uhrband aus — er hat eine große Auswahl in Gold, in Walzgold-Double und in Edelmetall.

**Elasto-Fixo**

**Fixo-Flex**

**MARKEN-UHRBÄNDER**



PFORZHEIM



Ebert, putschende Soldaten 1918  
„Was kann der Offizier dafür ...“

Franz-Regiments, Spiro; Franzer-Feldwebel und Sozialdemokrat Fischer führte ihn aus.

Fischer, der — wie der auf Ordnung bedachte Sozialdemokrat Hermann Müller kritisierte — nicht mal einen Ausweis besaß, befahl den Soldaten, die Mitglieder des Vollzugsrats, der ihnen zu revolutionär war, zu verhaften und in Gruppen zu je sechs Mann auf bereitgestellten Lastwagen in das Moabiter Gefängnis zu schaffen.

Als die Soldaten ausschärmten, um den Befehl auszuführen, betrat der Volksbeauftragte Barth, Verbindungsmann zwischen Regierung und Vollzugsrat, das Haus. „Schnell, schnell“, warnte ein Genosse, „das ganze Haus ist schon von Soldaten gefüllt.“

Doch Barth wich nicht. „So, dann muß ich schnell sehen, was los ist, und mit einem Donnerwetter dazwischenfahren.“ Den Feldwebel Fischer stellte er zur Rede: „Wissen Sie, daß Sie hier Hochverrat begehen, daß ich Sie mit Ihren ganzen Leuten an die Wand stellen lassen kann?“

Dann rief Barth die Soldaten zur Ordnung, die im Sitzungszimmer die Vollzugsratsmitglieder mit Gewehren und aufgepflanzten Bajonetten in Schach hielten: „Stillgestanden, wenn zu Ihnen im Dienst ein Mitglied der Regierung tritt.“ Die Soldaten begriffen, so Hermann Müller, daß „man alte erfahrene Politiker auch während einer Revolution nicht ohne Haftbefehl verhaften und abführen lassen kann“.

Ein Flugblatt, das schon gedruckt worden war, wurde nun nicht mehr verteilt: „Laut lesen! Truppenteile der Berliner Garnison und der Front haben heute den verräterischen, unfähigen und betrügerischen Vollzugsrat festnehmen müssen, da dieser die Zukunft des Volkes auf das schwerste gefährdet.“

Auf dem Platz vor der Reichskanzlei führte Franzer-Kommandeur Spiro indessen selber den dritten Konter. Vor Hundertschaften bewaffneter Soldaten seines Regiments, der Volksmarinedivision und der Studen-

tenwehr kritisierte der Feldwebel in Gegenwart des Volksbeauftragten Ebert den Vollzugsrat, der „nicht mehr mit linkischen Händen in die Regierungsmaschine eingreifen“ dürfe. Ebert wollte er zum Staatsoberhaupt machen: „So bringe ich denn das Hoch auf die deutsche Republik und den großen Fritz Ebert aus, den ich hier, aus Ihrer Mitte, gestützt auf die bewaffnete Macht und im Bewußtsein, für die ganze Nation zu sprechen, zum Präsidenten Deutschlands ausrufe.“

Als Ebert nicht sogleich reagierte, rief ein Matrose: „Jetzt habe ich an Herrn Ebert die klare Frage zu richten... Folgt er diesem Rufe oder nicht? Ja oder nein?“

Ebert zeigte, so das Spartakus-Blatt „Rote Fahne“, das „Erröten einer vom Heiratsantrag überraschten jungen Braut“, und sprach: „Kameraden und Genossen! Den Ruf... kann und werde ich nicht annehmen, ohne mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben“ — eine „Bemerkung“, so fand selbst Hermann Müller, die „nach dem ungeschriebenen Kodex des revolutionären Rechts nicht ganz korrekt gewesen sein“ mag.

Die „Rotherz“-Konterrevolte gegen Spartakus und Vollzugsrat dauerte nur eine knappe Stunde. Sie war im Auswärtigen Amt geplant worden. „Ein paar kleine Beamte mit hochtrabenden aristokratischen Namen“, so schrieb das SPD-Organ „Vorwärts“, heckten „den kecken Fälscherstreich aus“.

Es waren Freiherr von Stumm, Chef der AA-Nachrichtenabteilung, der Geld bereitstellte, Graf Matuschka und Freiherr Rochus von Rheinbaben. Graf Hermann Wolff-Metternich, Kommandeur der Volksmarinedivision, hatte die militärischen Vorbereitungen übernommen.

Als der „18. Brumaire im Westentaschenformat“, wie Spartakus den Putschversuch nannte, abrollte, lagen in der Obersten Heeresleitung schon Pläne für einen 18. Brumaire großen Stils bereit: Zehn zuverlässige Divi-

sionen sollten in die Reichshauptstadt einmarschieren, um, so Generalleutnant Wilhelm Groener, die Ebert-Regierung „fest in den Sattel zu setzen“.

„Zunächst hat es sich darum gehandelt“, erläuterte Groener später, „in Berlin die Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zu entreißen... Die Entwaffnung Berlins, die Säuberung Berlins von Spartakiden... Das war alles vorgesehen.“

Der General versuchte, seinen Bundesgenossen Ebert für die Militäraktion gegen Berlin zu gewinnen. In seinem Auftrage appellierte Major Bodo von Harbou an den SPD-Chef: „Der Ausgang hängt davon ab, ob schnell und entschlossen gehandelt wird.“

Ebert zögerte. „Anscheinend war er sich selbst noch nicht klar“, schrieb Historiker Wolfgang Sauer, „ob er es wagen dürfte, der Verlockung der heranmarschierenden Divisionen jetzt schon nachzugeben, ohne sein ganzes politisches Spiel zu gefährden.“ Der Sozialdemokrat entließ den Major mit ein paar allgemeinen Redensarten, und Harbou informierte seinen Chef Groener, „ein letzter starker Antriebs seitens der OHL“ schein geboten.

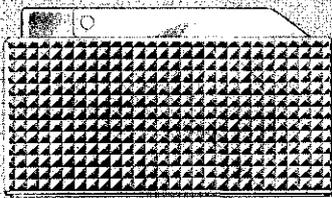
OHL-Chef von Hindenburg selber sorgte für starken Antriebs. Am 8. Dezember schrieb er dem SPD-Chef zum erstenmal einen Brief — „für Taktik und Zielsetzung der militärischen Pressure-group-Politik geradezu ein Schlüsseldokument“ (Sauer).

Hindenburg („Was kann der Offizier dafür, wenn der Krieg aus irgendwelchen Gründen verloren wurde?“) schrieb: „Wenn ich mich... an Sie wende, so tue ich dies, weil mir berichtet wird, daß auch Sie als treuer deutscher Mann Ihr Vaterland über alles lieben“ und forderte:

- ▷ „Die militärische Kommandogewalt liegt allein bei den Kommandobehörden.
- ▷ „Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers und die damit zusammenhängenden Bestimmungen sind



... wenn der Krieg verloren wurde?": Hindenburg, heimkehrende Soldaten 1918



**Sein  
bestes  
Stück!**

Karriere mit Ibelo - Prestige

**Ibelo**

**GASFEUERZEUGE**

IBELO-METALLWARENFABRIK HERMANN ZAHN KG FRANKFURT/M.

restlos wiederherzustellen. Besonders möchte ich hierbei auf die unbedingte Notwendigkeit der Gruppfpflicht hinweisen, die für die Disziplin von entscheidender Bedeutung ist.

- ▽ „Die Soldatenräte müssen aus der Truppe verschwinden.“
- ▽ „Einberufung der Nationalversammlung noch im Dezember.“

Die OHL wartete Eberts Antwort gar nicht erst ab. Unter strengster Geheimhaltung ließ sie Vorausabteilungen der zehn Frontdivisionen in die Vororte der Reichshauptstadt einrücken. Soldatenrat Heine, der mit Soldaten des 3. Garde-Feld-Artillerieregiments sprach, bekam zu hören: „Wir werden die Berliner schon auf die Schnauze schlagen.“

Heine meldete den Vorfall dem Vollzugsrat, der bei Ebert scharfen Protest erhob. Der SPD-Chef, der, wie Major Volkmann schrieb, „nicht den gefährlichen Entschluß“ fand, „jetzt mit offenen Karten weiterzuspielen“, tröstete den Vollzugsrat. Er werde dafür sorgen, daß nur Berliner Einheiten einmarschieren und nur geringe Mengen an Munition ausgegeben würden („Taschenmunition“).

Groener aber sah das OHL-Komplott gefährdet und verstärkte den Druck auf den Volksbeauftragten. „Die OHL mußte erst Ebert energisch den Rücken steifen“, schrieb er später.

„Wird dem Vollzugsrat nachgegeben“, ließ Groener dem SPD-Chef im Namen Hindenburgs bestellen. „dann sieht der Generalfeldmarschall im Vollzugsrat eine Tyrannei der Spartakus- und Liebknecht-Anhänger und der schlimmsten Feinde des deutschen Volkes. Er hält es für seine Pflicht, den Vollzugsrat mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, zu bekämpfen.“ Die Regierung Ebert forderte der General auf, „sich zu den Truppen zu begeben, zu gemeinsamem Kampf“.

Ebert gab dem Druck nach und widerrief stillschweigend, was er dem Vollzugsrat gerade versprochen hatte. Er akzeptierte den Einzug der bewaffneten zehn Frontdivisionen und die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Allerdings, die OHL-Forderung, Zivilisten, die nach einem bestimmten Termin mit Waffen angetroffen würden, standrechtlich erschießen zu lassen, lehnte er ab. Die SPD sei schon immer gegen die Todesstrafe gewesen.

Vorsichtshalber wies Groener am nächsten Morgen den Chef des eigens für die Operation geschaffenen Generalkommandos, Generalleutnant Arnold Lequis, telephonisch an, „nötigenfalls alle entgegenstehenden Anweisungen von Regierungsorganen oder militärischen Stellen, auch des Kriegsministers, abzulehnen“. Und Lequis entwarf einen Generalstabsplan für den Einmarsch in Berlin:

10. 12. Einzug der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division. Besetzung der Hauptgebäude, Anschlag der Begrüßungsproklamation der Regierung. Die Deutsche Jäger-Division und die 1. Garde-Division stehen außerhalb bereit.

11. 12. Einzug der Deutschen Jäger-Division in Berlin, der 1. Garde-Division in Pots-

dam. Waffen und Kriegsmaterial abgeben. Bekanntmachung: Wer ohne Waffenschein noch Waffen in Besitz hat, wird erschossen; wer Kriegsmaterial einschließlich Kraftwagen behält, wird standrechtlich abgeurteilt. Deserteure und Matrosen haben sich innerhalb zehn Tagen beim nächsten Ersatztruppenteil oder Bezirkskommando zu melden. Wer sich unberechtigt eine Beamteneigenschaft zulegt, wird erschossen. Durchsuchung unsicherer Stadtteile.

12. 12. Einzug der 4. Garde-Division. Bestimmung über Arbeitslose und Notstandsarbeiten.

13. 12. Einzug der 5. Garde-Division. Erlaß für das ganze Reich. Die Autorität der Offiziere gilt wieder in vollem Umfang (Abzeichen, Grußpflicht, Orden, Waffentragen, Abzeichen für Feldheer...)

14. 12. Einzug des 2. und 4. Garde-Regiments zu Fuß mit ihrer Kavallerie und Artillerie (1. Garde-Division) in Berlin...

Ab 15. 12. Einzug der 3. Garde-Division in Berlin, der 4. Garde-Division in Spandau, der 5. und 37. Infanterie-Division eventuell auch in Berlin. Besitzergreifung der Kasernen. Allmählicher Abtransport der nicht in



General Lequis, Soldaten in Berlin 1918  
„Grußpflicht gilt wieder“

Berlin garnisonierenden Truppen...; Übernahme der Sicherheit Berlins durch die Nationalgarde.

Es begann wie geplant: Am 10. Dezember 1918 rückte die Garde-Kavallerie-(Schützen-)Division in Berlin ein. Mit Karabinern und Maschinengewehren, Minenwerfern und Kanonen marschierten die Frontsoldaten, mit schwarz-weiß-roten Fähnchen geschmückt, bei strömendem Regen durch das Brandenburger Tor. Die Musik spielte: „Heil Dir im Siegerkranz“.

Fritz Ebert begrüßte sie, wie es Wilhelm auch nicht besser gekonnt hätte: „Nie haben Menschen Größeres geleistet und gelitten als Ihr... Kein Feind hat Euch überwunden... Allen Schrecken habt Ihr mannhaft widerstanden... sei es in den Kreidefelsen der Champagne, in den Sümpfen Flanderns oder auf dem elsässischen Berg Rücken, sei es im unwirtlichen Rußland oder im heißen Süden.“

Aber Groener war trotzdem unzufrieden. Als Ebert in Berlin so sprach,

# TORONTO TORONTO TORONTO

## Nur Air Canada fliegt nonstop nach Toronto

In diesem Winter fliegt Air Canada's „Toronto Galaxy“ dreimal wöchentlich nonstop von Frankfurt nach Toronto. Start: Montag - Donnerstag - Sonnabend um 14.00 Uhr. 8 Stunden, 35 Minuten - und Sie sind an Ort und Stelle. Das ist die kürzeste Flugzeit für diese Entfernung. Natürlich sprechen unsere Stewardessen Deutsch.

Und denken Sie an „Canada 871“ -

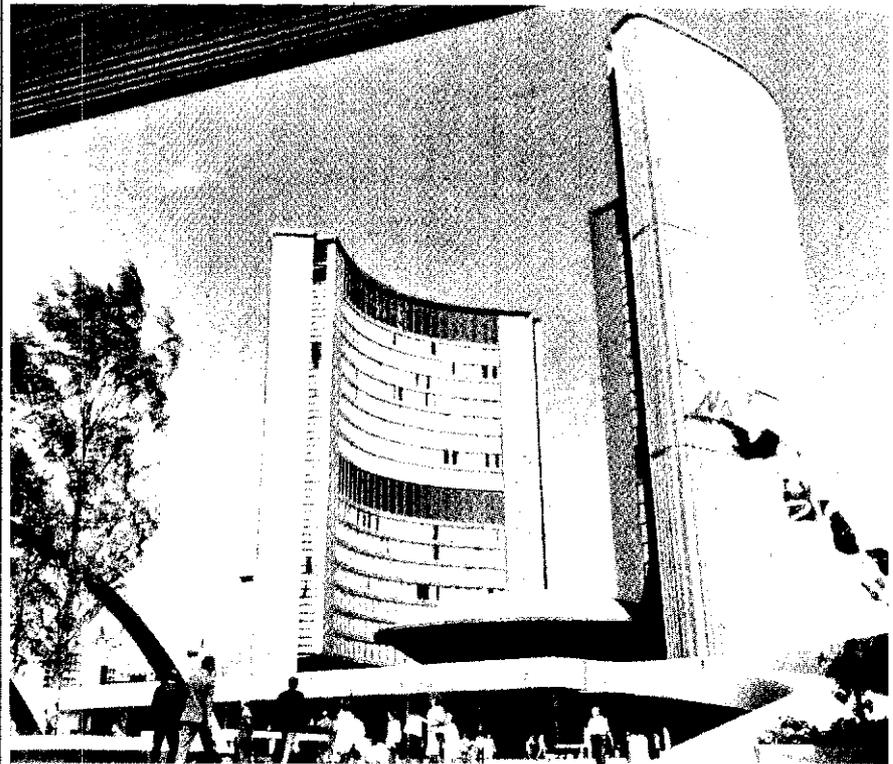
den täglichen Air Canada Flug um 12.40 Uhr von Frankfurt nach Montreal, Toronto, Calgary und Vancouver. Wenn Sie in Kanada sind, dann fliegt Sie Air Canada nach 37 kanadischen Städten und 8 Zentren in den USA, einschließlich Chicago, Los Angeles, Cleveland, New York und Miami.

Nähere Auskünfte erhalten Sie in Ihrem IATA Reisebüro.

**AIR CANADA** 

Frankfurt - Hamburg - Berlin - Hannover - Düsseldorf  
Stuttgart - München

GER 68 P 16



saß der General im OHL-Hauptquartier zu Kassel-Wilhelmshöhe, wie Oberst Albrecht von Thaer in seinem Tagebuch notierte, „im Klubsessel ganz zusammengesunken“. „Ja, da ist nun wieder kein Mensch da“, so Groener, „der den Kopf hinhalten und den Befehl zum gleichzeitigen konzentrierten Einmarsch in Berlin geben will.“

Bald wußte Groener aber auch, daß auch keiner mehr da war, einen solchen Befehl auszuführen. „Die Truppe entwickelte nämlich einen derartigen Drang nach Hause“, klagte der General, „daß mit diesen zehn Divisionen absolut nichts anzufangen war, und das ganze Programm der Säuberung Berlins von bolschewistischen Elementen... überhaupt nicht durchgeführt werden konnte.“

Groeners General-Streich war gescheitert — nicht an den sozialdemokratischen Machthabern, sondern an den kriegsmüden Soldaten, die weder für Revolution noch für Restauration zu haben waren. Doch auch jetzt hielt Ebert seinem Bundesgenossen die Treue — obgleich die Schwäche der OHL nun offenkundig geworden war und gerade Eberts Konspiration mit der alten Armee die Linke immer mehr radikalisierte. „Die Militärpolitik“, so urteilte Historiker Wolfgang Sauer, „wurde zur Achilleferse der Ebertschen Politik.“

In übertriebener Furcht vor russischen Zuständen stärkte der SPD-Chef die Rechte, statt sie der Republik unterzuordnen, und er schwächte die Linke links der SPD, letztlich aber auch die SPD selbst, weil ihm die Linke stärker und „russischer“ erschien, als sie damals, Ende 1918, tatsächlich war. Ein schierer Antikommunismus, der 30 Jahre später die Bonner Republik in den Kalten Krieg trieb und den demokratischen Fortschritt hemmte, hinderte 1918 die Sozialdemokraten mit daran, der Weimarer Republik genügend demokratisches Grundkapital mit auf den Weg zu geben.

Auf dem „Ersten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“, der am 16. Dezember in Berlin zusammentrat, geißelten linke USPD-Politiker Eberts Schaukelpolitik im Zusammenhang mit dem Groener-Plan und dem Putschversuch der „Rotherz“-Aristokraten vom 6. Dezember.

„Wenn Sie sich diese Geschichte... vor Augen halten“, so rief USPD-Mann Georg Ledebour den Delegierten zu, „dann sage ich: Ein Mann wie Ebert, der... die Leute indirekt zu weiteren Putschen ermutigt hat, gehört nicht an seinen Platz.“

Als Ledebour ausrief „Ebert ist ein Schandmal für diese Revolution“, entstand laut Protokoll „große Unruhe“.

Der Vorsitzende „läutet andauernd vergeblich mit der Glocke“. Der Kieler Sozialdemokrat Garbe beantragte, die Debatte zu beenden: „Ich bin der Meinung, die Frage ob Nationalversammlung, ob Diktatur ist viel wichtiger als der ganze Berliner Quatsch.“

Dieser erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands sollte



Berliner Rätekongreß 1918: „Nahrung und Beleuchtung“

einen Zentralrat wählen, der fortan anstelle des Vollzugsrats der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte als oberstes Organ der Republik fungiert. Je 200 000 Personen und je 100 000 Soldaten hatten in Betrieben, Dörfern und Kasernen je einen der insgesamt 489 Delegierten gewählt, 405 Arbeiterräte und 84 Soldatenräte.

Die Arbeiter und Soldaten blieben allerdings nicht unter sich. Außer ihnen waren auch Angestellte, Lehrer und Kaufleute gewählt worden. Selbst Offiziere waren dabei. Und 25 Arbeiterräte, die keine Angaben über ihren Beruf machten, mußten ebenfalls eher der Rechten als der Linken zugeschlagen werden.

Die Sozialdemokraten, die dem Kongreß erst zugestimmt hatten, als ihr Übergewicht abzusehen war, verfügten mit einer 288 Mann starken Gefolgschaft, darunter 164 besoldete Funktionäre (SPD-Redakteure, Ab-

geordnete, Parteisekretäre, Gewerkschaftler), über die größte Fraktion. Verstärkt wurden sie durch die zu meist politisch ungebundene 84 Mann starke Soldaten-Fraktion, die 25 bürgerlichen Demokraten und 49 Arbeiterräte, die über ihre parteipolitischen Bindungen schwiegen. Die USPD stellte 90 Delegierte (darunter 31 besoldete Funktionäre), die allseits gefürchteten Spartakisten gar nur zehn.

Vollzugsrats-Vorsitzender Richard Müller eröffnete den Kongreß im preußischen Abgeordnetenhaus, das mit riesigen Kränzen und roten Schleifen feierlich hergerichtet worden war. Er rief die Delegierten auf, „die Errungenschaften der Revolution“ zu sichern, und forderte eine „sozialistische Republik“, in der es „keine Herrscher, noch Beherrschten... keine Ausbeuter, noch Ausgebeuteten“ gebe — und den Räte-Staat.

„Die Arbeiter und Soldaten sind es, die heute die politische Macht in den Händen halten“, appellierte Müller, „nun ist es in Ihre Hand gelegt, ob auch weiter die Arbeiter und Soldaten diese politische Macht in der Hand halten sollen.“

Das gerade wollte Ebert nicht. Er verlangte Ordnung statt sozialistischer Experimente, bürgerliche Demokratie mit Nationalversammlung — statt Rätssystem. Kartoffeln waren ihm wichtiger als Marx. „Inmitten einer allgemeinen Auflösung der alten... Ordnung“, so verkündete er, müsse die neue Republik „unbedingt dafür sorgen, daß Sicherheit, Nahrung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung vorhanden sind“.

Es geschah, wie Ebert wünschte, und es mußte so kommen: Nur 98 — ein Teil der USPD-Delegierten und alle Spartakisten — stimmten für eine Räterepublik, 344 dagegen.

Als Eberts Parteifreund Scheidemann sich gegen das Rätssystem wandte: „Ich habe die feste Überzeugung, daß die dauernde Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte be-



Räte-Befürworter Müller  
„Untergang des Reiches“

deuten würde... den absolut sicheren Untergang des Reiches", klatschten die deutschen Räte Beifall und riefen: „Sehr richtig“.

Sie waren, urteilte USPD-Politiker Ernst Däumig, „geradezu durch ein Elementarereignis“ in die Arbeiter- und Soldatenräte „hineingetragen worden, ohne irgendwie sich klar zu sein, welch tiefer politischer Sinn in dieser Einrichtung liegt“.

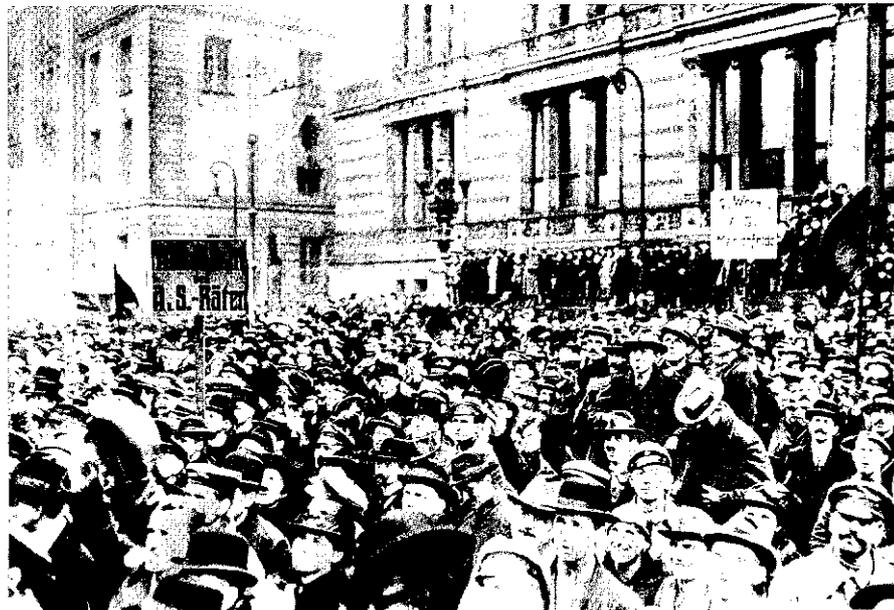
Schließlich entmachteten die Räte sich selber. 400 Delegierte stimmten für, 50 gegen die Einberufung der Nationalversammlung, die schon einen Monat später gewählt werden sollte. „Waren denn die Leute so blind“, fragte sich Däumig, „daß sie nicht sahen, daß sie sich selbst den Strick um den Hals legten?“

Ebert hatte sein schon am 9. November dem Prinzen Max von Baden

und die von Industriellen und Agrariern befürchtete Sozialisierung abzuwenden. Denn in beiden Fragen wurde er vom Kongreß überstimmt, und beide Male wandten sich sogar die eigenen Parteigenossen gegen ihn.

Über Sozialisierung gedachte die SPD-Führung eigentlich überhaupt nicht zu sprechen. Sie beantragte deshalb, Punkt 3 („Sozialisierungsfrage“) von der Tagesordnung zu streichen. Doch die Delegierten lehnten den Antrag ab, und als der linksradikale Volksbeauftragte Barth forderte, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“, stimmte der Kongreß laut Protokoll „mit großer Mehrheit“ zu, was nur mit den Sozialdemokraten möglich war.

Dem Einwand des sozialdemokratischen Politikers Max Cohen-Reuss:



Demonstranten vor Berliner Rätekongreß 1918: „Heute abend könnt ihr was erleben“

gegebenes Versprechen eingelöst, daß allein eine Nationalversammlung über die Zukunft Deutschlands entscheiden werde. Und er handelte nach der schon 1863 von Ferdinand Lassalle begründeten SPD-Tradition: Auf dem Banner der Partei stünden allgemeines Wahlrecht und Demokratie.

Aber in Wirklichkeit ging es nicht so sehr um Demokratie oder (Räte-) Diktatur, als um *mehr* oder *weniger* Demokratie. Däumig und Genossen, für die das Räteystem die höchste Stufe der Demokratie darstellte, wollten die revolutionäre Chance zu sozialem Staatsumbau nutzen. Eberts Demokratie-Begriff („Die Republik muß... eine Nation von Königen sein“) schloß das überkommene Gesellschaftssystem ein: zwar ohne Kaiser und Könige, aber mit mächtigen Generalen, Schwerindustriellen, Großagrariern und kaisertreuen Bürokraten.

Schwerer wurde es Ebert allerdings gemacht, auch sein Versprechen gegenüber den Generalen zu halten

„Das plötzliche Sozialisieren ist der helle Wahnsinn“, hielt Barth entgegen: „Was gehört dazu, daß morgen eine Verfügung hinausgeht, die einfach bestimmt: Der Kohlenbergbau ist von heute ab weiterzuführen in der Weise, daß er jetzt Staatseigentum ist... Kein Direktor und überhaupt niemand hat das Recht, seinen Platz zu verlassen... und wehe ihm, wenn er es nicht genauso gut macht wie bisher.“

Während drinnen im preußischen Abgeordnetenhaus die Delegierten noch redeten und Lärmszenen die „Würde der Versammlung verletzten“, wie das Protokoll mehrfach verzeichnete, marschierten draußen spartakistische Soldaten auf.

Abgesandte drangen in den Saal ein. Sie trugen Pappdeckel mit Aufschriften vor sich wie: „Die Befehlsgewalt liegt in den Händen der Soldaten“, „Nur die von uns gewählten Kameraden sollen uns führen!“, „Sofortige Entwaffnung aller Offiziere!“

Leutnant Heinrich Dorrenbach von der Volksmarinedivision, die den

## Zwei, die unentbehrlich sind: Ultramid und Terluran

Beides Konstruktionswerkstoffe der BASF. Hart, zäh und elastisch. Korrosions- und chemikalienbeständig. Abrieb- und schlagfest. Mit hoher mechanischer Dämpfung.

Ultramid (Polyamid) und Terluran (ABS) sind also Brüder, mit vielen Gemeinsamkeiten, aber keine Zwillinge; denn sie haben auch individuelle Charakterzüge.

Ultramid ist mechanisch besonders stark zu beanspruchen. Als Formteil in der Elektrotechnik dient es gleichzeitig zur Betriebs- und Schutzisolierung. Und Terluran? Sieht blendend aus. Glatte, kratzefeste und antistatische Oberfläche. Hervorragend galvanisierbar. Sehr leicht, dabei formstabil und maßhaltig – selbst bei häufigem Klimawechsel und Dauerbelastung. Auch für größere Gehäuseteile geeignet.

Kaufleute wie Techniker und Ingenieure haben die Vorzüge von Ultramid und Terluran erkannt dank der überaus preisgünstigen Herstellung auch komplizierter Formteile im Spritzguß-, Extrusions- oder Blasverfahren. Keine Nachbearbeitung mehr, kein Antikorrosions- und Deckanstrich, aber trotzdem lackierbar. Hochwertige Konstruktionselemente in großen Stückzahlen zu niedrigen Preisen!

Kein Wunder, daß Ultramid und Terluran immer mehr in der Technik verwendet werden. So manches althergebrachte Material mußte ihnen weichen (und sogar der eine oder andere Kunststoff).

Konstruktionen mit Ultramid und Terluran sind Gold wert. Überzeugen Sie sich auf der gegenüberliegenden Seite.

Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG  
6700 Ludwigshafen

Schutz des Regierungsviertels übernommen hatte, trat vor und forderte:

- ▷ „Ein oberster Soldatenrat... übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus, analog der Marine;
- ▷ „Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten. Sämtliche Offiziere sind zu entwaffnen.“

Als Dorrenbach verlangte, der Kongreß solle sofort „Beschluß fassen“, hielt ihm der Hamburger SPD-Soldatenrat Hermann Koym im Namen der „84 Delegierten der Ost-, West- und Südfront“ entgegen: „Wir können aber jetzt im Augenblick, wo... wir schon alle angestrengt und überanstrengt sind, natürlich nicht sofort in die Erledigung dieses Antrages eintreten.“

Aber der alte Ledebour, 68, von der USPD bestand auf Sofortbeschluß: „Soviel könnt Ihr junge Kerls auch aushalten wie ich.“ Ledebour begründete: „Wir müssen die konterrevolutionären Machenschaften... niedertrampeln und niederreißen.“

Nun verzeichnete das Protokoll:

„Gefahr der Sprengung des Kongresses (turbulente Szenen)... Großer Lärm. Erregte schreiende Zwischenrufe von allen Seiten, auch aus der nächsten Umgebung des Redners von der Tribüne des Hauses. Alles ist von den Plätzen aufgestanden. Ein Teil der Mehrheitssozialisten (SPD) schickt sich an, den Saal zu verlassen. In erregten Rufen bringen sie zum Ausdruck, daß sie sich bedroht und vergewaltigt fühlen.“

Als der Vorsitzende, der USPD-Genosse Fritz Seger, den Kongreß



Soldatenrat Lamp'  
„Bedroht und vergewaltigt“

auf den nächsten Tag, 18. Dezember neun Uhr vertagte, zogen Liebknechts Soldaten ab: „Heute abend könnt ihr noch was erleben.“

Unversehens war Ebert in eine heikle Situation geraten. Die Diskussion über die Militärpolitik, die nicht einmal Thema des Kongresses sein sollte, sprengte die Fraktionsdisziplin der SPD-Delegierten und drohte die Soldaten-Delegation, die bislang immer zur SPD-Führung gehalten hatte, ins radikale Lager zu treiben.

„Die zum großen Teil politisch unerfahrenen Delegierten“, so urteilten Bonns SPD-Chef Willy Brandt und Politologe Richard Löwenthal in ihrer Reuter-Biographie, „erkannten die Entmachtung der alten Militär-Führungsschicht als Voraussetzung nicht etwa für die Räterepublik... sondern für die parlamentarische Demokratie... Sie zeigten darin eine tiefere Einsicht, als... die Realpolitiker um Ebert.“

Realpolitiker Ebert handelte sofort. Er beauftragte den Hamburger Soldatenrat und Volkswirtschaftler Walther Lamp'l, dem Kongreß am nächsten Morgen das von ihm, Lamp'l, erstellte Sieben-Punkte-Programm vorzulegen — freilich nur, um die bei eigenen Genossen aufflackernde Revolutionsstimmung zu dämpfen.

Lamp'l's Programm räumte den Volksbeauftragten „unter Kontrolle des Vollzugsrats“ die Kommandogewalt ein — nicht einem obersten Soldatenrat. Kadavergehorsam sollte abgeschafft, Schulterstücke, Unteroffizierstressen und Kokarden sollten entfernt, das Waffentragen außer Dienst verboten werden. Soldatenräte sollten für die Aufrechterhaltung der Disziplin verantwortlich sein und ihre Vorgesetzten selber wählen dürfen, loyale Offiziere und Militärbeamte in ihren Ämtern bleiben.

Ebert, der — so Barth damals — „die Karre immer so schob, wie er sie

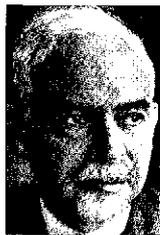
## „WAREN DENN DIE LEUTE SO BLIND?“

### Kontroverse über die Bedeutung der Räte auf dem Berliner Kongreß 1918

Die SPD sah in den Arbeiter- und Soldatenräten die Keimzellen der bolschewistischen Revolution. Ihre Furcht vor russischen Zuständen ließ sie vor sozialistischen Experimenten zurückschrecken. Die Sozialdemokraten ent-

schieden sich für die Nationalversammlung und gegen die Rätebewegung. Und selbst die Delegierten des Berliner Rätekongresses stimmten dem zu. Die Rätebewegung beging Selbstmord und verzichtete auf die Revolution.

Max Cohen-Reuss (SPD) am 19. Dezember 1918 vor dem 1. Rätekongreß in Berlin:



Cohen-Reuss

... In jedem Falle drücken die Arbeiter- und Soldatenräte nur einen Teilwillen, niemals aber den Willen des ganzen deutschen Volkes aus. Diesen festzustellen, darauf kommt es an... ich glaube, daß wir eine geregelte Verwaltung in Deutschland nur durch die Nationalversammlung herstellen können, die uns die demokratische Verfassung gibt und das deutsche Reich wieder aufbaut und seine auseinanderstrebenden Teile zusammenhält... In Rußland hat man es nicht einmal fertiggebracht, aus dem überreichen Wälderbesitz das nötige Holz in die Stadt zu schaffen, damit die Bürger in den Städten nicht frieren. Wes-

halb ist das geschehen? — Weil man im Handumdrehen die neue Wirtschaftsordnung wie ein fertiges Gebäude an die Stelle des alten setzen wollte, weil man die alten Produktions- und Handelsformen zerschlagen hat, bevor die neuen funktioniert haben (sehr richtig!). Davor wollen wir uns bewahren, und ich weiß, daß die Besonnenen auch unter den USP-Sozialisten ganz der gleichen Meinung sind, daß sie dieselbe Angst vor der Zerschlagung der jetzigen Wirtschaftsform haben, bevor die neue funktioniert, wie meine Freunde und ich.

Aus der Erwiderungsrede des Delegierten Ernst Däumig (USPD):

In einem ähnelt dieses Revolutionsparlament den Revolutionsparlamenten aller Zeiten: in der unglaublichen Vertrauensseligkeit und Selbstbespiegelung darüber, wie herrlich weit man es doch gebracht habe, und in der Verkenning der ehernen Gesetze der Geschichte,

wie gerade Revolutionen unerbittlich weiterschreiten...

Wenn die Geschichte dieser Revolutionswochen in Deutschland geschrieben wird, dann wird man sich lächelnd fragen: Waren denn die Leute so blind, daß sie nicht sahen, daß sie sich selbst den Strick um den Hals legten? Denn das muß doch jedem Klardenkenden einleuchten, daß die jubelnde Zustimmung zur Nationalversammlung gleichbedeutend ist mit einem Todesurteil für das System, dem Sie jetzt angehören, für das Räte-system (sehr richtig — Unruhe). Und wenn Sie die Leidenschaft haben, einen politischen Selbstmörderklub darzustellen, ich lasse Ihnen das Vergnügen, ich für meinen Teil danke dafür (lebhafter Beifall, Zurufe!).



Däumig

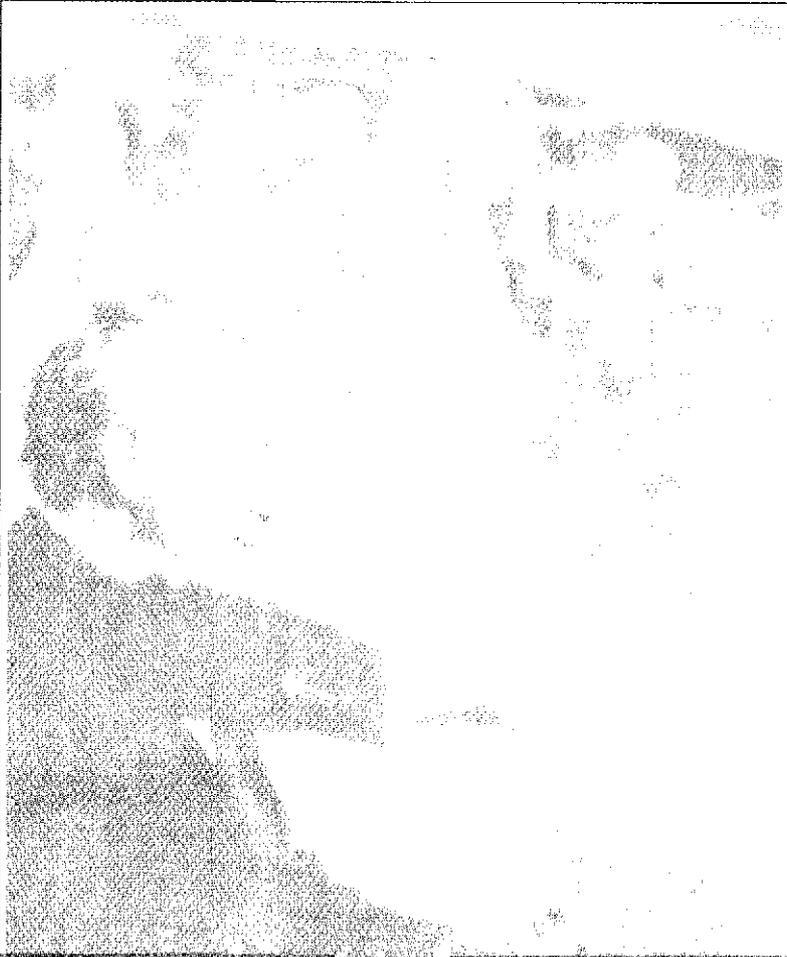
## Musik-Genuß in vollendeter Tontreue...

... bietet Ihnen eine ELAC-Heim-Studio-Anlage. Alle Wünsche anspruchsvoller Kenner werden voll erfüllt: modernste Hi-Fi-Stereo-Technik, höchster Bedienungs-Komfort, international anerkannte Form. Das volltransistorisierte Steuer-Gerät - Hi-Fi-Stereo-Verstärker und leistungsstarker Rundfunk-Teil für alle Wellenbereiche - ist nach den allerneuesten



technischen Erkenntnissen entwickelt und konstruiert. Die beiden slimline-Lautsprecher-Boxen mit den vorbildlich ausgewogenen Lautsprecher-Systemen garantieren ein natürliches, plastisches Hörbild. Seien Sie anspruchsvoll. Verlangen Sie das Beste für Ihr Geld. Schreiben Sie an uns: ELAC ELECTROACOUSTIC GMBH Abt. Sp 1 - 23 Kiel - Westring 425 29

Für Kenner meisterlicher Musik



OHL-Offizier von Schleicher  
„Ein ganz gutes Stück des Lebens...“

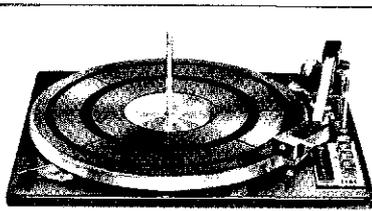
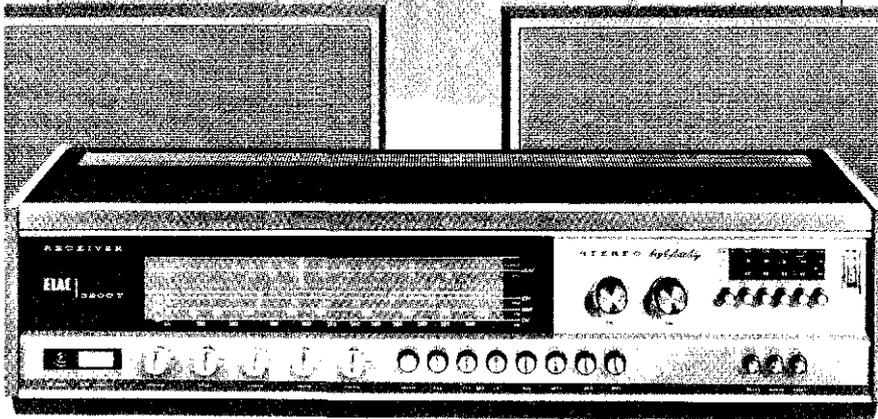
brauchte“, fügte vorsorglich einen achten Punkt an, der die zunächst unumgänglichen Zugeständnisse sogleich wieder kassieren sollte: „Vorstehende Sätze sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden von den sechs Volksbeauftragten... festgesetzt.“

Der Trick mißlang. Die Kongreß-Delegierten nahmen am nächsten Morgen Lamp's Punkte zwei bis sieben an, Punkt eins änderten sie in der Weise, daß in den Garnisonen nicht die Volksbeauftragten, sondern die Soldatenräte die oberste Kommandogewalt ausüben sollten. Über Eberts achten Punkt wurde gar nicht erst abgestimmt, gegen seinen Willen sogar beschlossen, „alle Maßnahmen zur Entwaffnung der Gegenrevolution zu ergreifen“.

Als General Groener von den Forderungen der spartakistischen Soldatendeputation erfuhr, drohte er Ebert am Telefon mit einem Offiziersstreik, und nachdem der Rätekongreß Lamp's Punkte angenommen hatte, telegraphierte Hindenburg kurz und bündig an die Armeeoberkommandos: „Ich erkenne die ... in Berlin gefaßte Resolution betreffend Vereinbarungen im Heerwesen, insbesondere in der Stellung von Offizier und Unteroffizier nicht an.“

Am 20. Dezember suchten Groener und Schleicher — „ostentativ in voller Uniform, mit allen Orden“ (Groener) — den Volksbeauftragten Ebert auf und machten „klipp und klar“, daß seine Regierung „unserer Stütze bedürfe“. Über das Ergebnis der Unterredung sagte der General später: „Die Sache ging dank Eberts geschickter Unterstützung, der wie wenige die Kunst des Abbiegens verstand, aus wie das Hornberger Schießen.“

Nur der Volksbeauftragte Barth (Groener: „Er forderte meine Verhaftung“) spürte wieder nicht. Der linke USPD-Mann hielt Rangabzeichen und



Ihr Stereo-Plattenspieler für diese Anlage sollte ein ELAC Hi-Fi-Laufwerk sein. Der MIRACORD 50 H zum Beispiel. Ein Hi-Fi-Laufwerk der internationalen Spitzen Klasse, vorbildlich und richtungweisend für vollendete High-Fidelity. Mit dieser Hi-Fi-Stereo-Kombination wird auch für Sie Musik Erlebnis.

Kokarden für „Äußerlichkeiten“, die für Offiziere wie Groener „bis zu einem gewissen Grade ein ganz gutes Stück des Lebens sind... wie man es geliebt hat“.

Barth bestand darauf, daß die Beschlüsse des Rätekongresses unverzüglich verwirklicht würden. Groener dagegen meinte: Diese Beschlüsse greifen „dem Offizierkorps an die Seele“. Und Ebert bog sie ab. Er kam auf den Punkt acht zurück, den die Delegierten des Rätekongresses zwei Tage zuvor gestrichen hatten. Ebert: „Ob wir die Ausführungsbestimmungen noch vor Weihachten machen können, weiß ich nicht.“

Ebert, der sich eine andere Ordnung als die alte nicht vorzustellen vermochte, schlug sich wieder auf die Seite der OHL, die Ordnung aber auch nicht mehr verbürgen konnte. Der Sozialdemokrat, der keine Revolution wollte, wollte auch keine Revolutionsarmee, die es noch in allen Revolutionen gegeben hatte und auch in Deutschland hätte geben können.

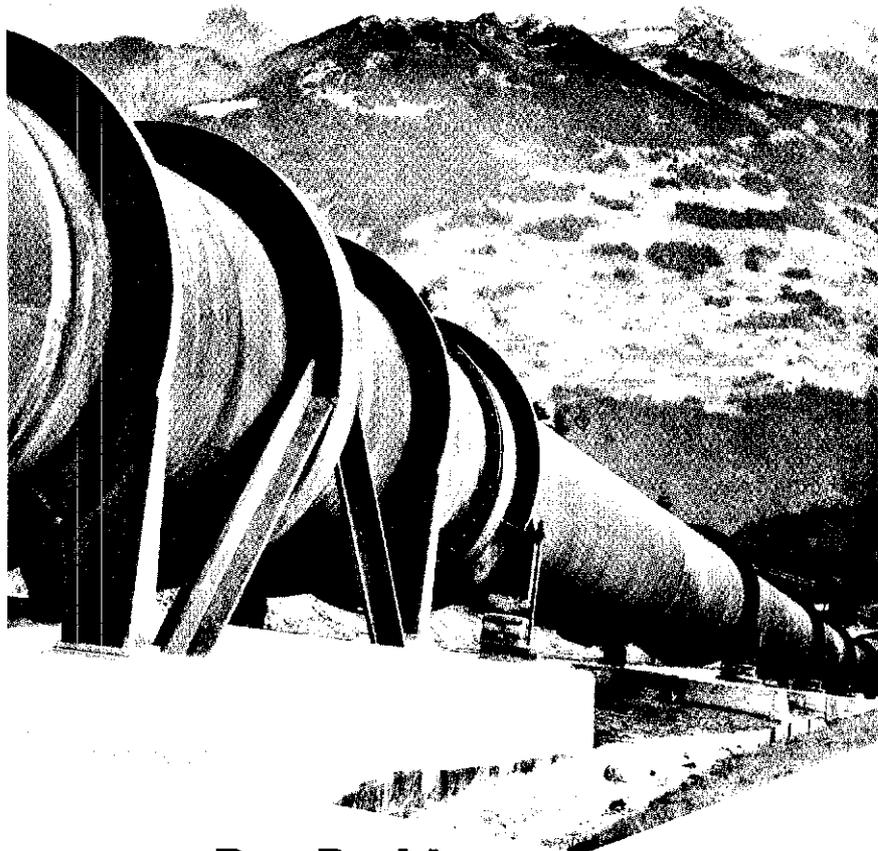
Denn nachdem am 9. November 1918 die deutsche Revolution in der Reichshauptstadt angekommen war, liefen viele der 50 000 Soldaten zu den Sozialdemokraten über. Und als einen Tag später der linksradikale USPD-Mann Barth versuchte, die Macht im Berliner Vollzugsrat an sich zu reißen, um mit diesem Instrument die Revolution weiterzutreiben, waren sie wieder zur Stelle: Die Soldatenräte verhalfen der SPD zur Mehrheit im Vollzugsrat.

Aber freilich: Ohne Soldatenräte war die Berliner Garnison nicht zu haben, und mit den Soldatenräten wollte Ebert wohl paktieren, aber nicht Politik machen. So blieb ungenutzt, was an — wenn auch einstweilen schwachen — Ansätzen zum Aufbau einer demokratischen Armee vorhanden war.

Die SPD rief zwar Parteigenossen und SPD-treue Veteranen zur Bildung



OHL-Offizier Groener  
... wie man es geliebt hat“



**Das Problem:  
Bau einer Druckwasserleitung  
mit überdurchschnittlichen  
Durchmessern  
und Wandstärken  
für ein Kraftwerk  
in Kärnten.**

Die Linde-Leistung:  
Linde-UP-Schweißautomaten  
und Linde-Zusatzwerkstoffe  
für das röntgensichere  
Schweißen der Druckrohre.

Der Name Linde  
steht für Leistungen in Produktion und Forschung.  
Er verbürgt Existenzbeständigkeit und Kapitalsicherheit.  
Er wird getragen von einer aufgeschlossenen  
Unternehmensführung und ca. 12000 Mitarbeitern.  
Er ist Begriff für Qualität und Leistung.  
In vielen Bereichen der Wirtschaft. In aller Welt.

**Die Arbeitsgebiete von Linde:**  
Tiefemperatur- und Verfahrenstechnik Kälte- und Klimatechnik  
Hydraulik Traktoren und Flurförderzeuge  
Technische Gase und Schweißtechnik  
Werkzeugmaschinen und Werkzeuge Kühlhäuser Haushaltgeräte

*Linde*

Linde Aktiengesellschaft, Zentralverwaltung, 62 Wiesbaden

einer 10 000 Mann starken „Republikanischen Soldatenwehr“ auf („Jeder Angehörige erhält vom Tage der Einstellung zwölf Mk. pro Tag und freies Quartier“). Es meldeten sich auch ein paar hundert, aber niemand kümmerte sich dann um sie; die Republik-Verteidiger erschienen bald nur noch zum Essenfassen und Lohnungsappell.

Ebensowenig kümmerte sich der für das Militärwesen zuständige Volksbeauftragte Ebert um die Verbände, die SPD-Genossen und SPD-treue Soldaten aus eigenem Antrieb aufgestellt hatten.

Feldwebelleutnant Schulze beispielsweise hatte in der „Maikäfer“-Kaserne aus Soldaten des Garde-Füsilier-Regiments eine taugliche Truppe auf die Beine gebracht — „die Maikäfer“. Unteroffizier Suppe stellte aus Landsern des 2. Garde-Regiments zu Fuß ein Bataillon auf — die „Suppengarde“. Und „Vorwärts“-Redakteur Kuttner rekrutierte aus sozialistischen Arbeitern das Regiment „Reichstag“, das später sogar von der Reichswehr übernommen wurde.

Schon Mitte November hatte der SPD-Abgeordnete und neuernannte Berliner Stadtkommandant Otto Wels 650 Matrosen aus Cuxhaven zum Schutz des Regierungsviertels angeheuert und in Schloß und Marstall einquartiert, die sogenannte Volksmarinedivision. Alles andere überließ Wels dem 31jährigen Kürassier-Oberleutnant Graf Hermann Wolff-Metternich, der am 6. Dezember mit rund 500 der Matrosen beim Putschversuch vor der Reichskanzlei dabei war.

Am 7. Dezember mußte der Graf gehen. Der hirnverletzte Leutnant Heinrich Dorrenbach, der wegen Fahnenflucht im Frühjahr 1918 aus dem Heer ausgestoßen worden war, und Matrose Radtke übernahmen das Kommando. Die Volksmarinedivision, die unter dem Aristokraten gerade noch

für die Rechte hatte putschen sollen, rückte nach links: Dorrenbach war es, der am 17. Dezember auf dem Rätekongreß im Namen von 17 Berliner Regimentern revolutionäre Forderungen vorgetragen hatte.

Die Volksmarinedivision, inzwischen durch Zulauf arbeitsloser Ex-Soldaten und sozialistischer Arbeiter auf 3000 Mann angewachsen, wurde auch sonst zum Ärgernis. Der preußische Finanzminister Albert Südekum von der SPD klagte, das Berliner Schloß, „augenblicklich wohl das wertvollste Nationaleigentum“, sei „einer Bande von Plünderern schutzlos preisgegeben“, und die Volksbeauftragten beschlossen, die von Wels ins Land gerufenen Soldaten möglichst schnell wieder abzuschieben.

Am 21. Dezember ordneten sie an, die Truppe dürfe ab 1. Januar 1919 nur noch 600 Mann stark sein und müsse das Schloß räumen. Wels erhielt Befehl, die fällige Löhnung in Höhe von 80 000 Mark erst dann zu zahlen, wenn zum Zeichen der Schloß-Räumung die Schloß-Schlüssel bei ihm abgegeben worden seien.

Der Schlüsselerlebnis wurde zum Schlüsselerlebnis für die junge Republik — obgleich die Matrosen trotz linker Gesinnung nicht revoltieren, sondern nur ihr Geld haben wollten. Sie waren auch bereit, die Schlüssel herauszurücken, nur wollten sie damit nicht zu dem SPD-Mann Wels gehen, der ihnen nicht revolutionär genug war, sondern zu dem USPD-Mann Haase, dem sie mehr zutrauten.

Am 23. Dezember 1918, gegen 16 Uhr, erschien Leutnant Dorrenbach, einen großen Kasten unter dem Arm, mit 20 Matrosen in der Reichskanzlei. Weil Haase nicht da war, meldete er sich bei USPD-Mann Barth. Die Matrosen verlangten: Schlüssel gegen Geld.

Barth rief Wels an und forderte ihn auf, die 80 000 Mark zu zahlen, doch



Volksmarinedivision in Berlin 1918: „Bande von Plünderern“

**Stellen Sie hohe Anforderungen an eine Spiegel-Reflexkamera?**

**Verlangen Sie den modernsten Stand der Technik?**

**Legen Sie Wert auf Spitzenqualität?**

Dann fragen Sie beim Fachhändler nach diesem Modell



## Minolta SR-T 101

Lichtmessung durch das Objektiv bei offener Blende. CLC-Belichtungssystem. Meistert erstmals Hell/Dunkel-Motive automatisch. Mikro-Prismensucher mit Verschußzeitenskala. Minolta Schlitzverschluss  $1/1000$  sec. Übergroßer Schwingspiegel, differentialgelagert, progressiv beschleunigt und federnder Abgangsteig. Erschütterungsfreie Auslösung. Auch bei langen Brennweiten keine dunklen Bildecken. Alle metallischen Teile spezialoberflächenveredelt. Wechselobjektive der Weltspitzenklasse: Minolta-Rokkor von 16—1000 mm (z. Zt. 33) mit dem exklusiven „Achromatic Coating“ Minolta SR System mit über 130 Zubehörtteilen.

Verkauf über den Fotofachhandel.

Bitte fördern Sie Spezialdruckschriften

# Minolta

Minolta, 2 Hamburg 1, Spaldingstr. 1

Was den  
Pfeifenraucher  
erfreut



**PICCADILLY**

- Royal 6,-
- Star 5,-
- Nr. 400 4,-



**PICCADILLY**

- Nr. 300 3,-
- Nr. 250 2,50
- Nr. 200 2,-

**FAIR PLAY**



- Medium 3,-
- Cavendish 2,50

**KIEPENKERL**



- Krone 5,-
- Excellent 4,-
- Superb 3,-

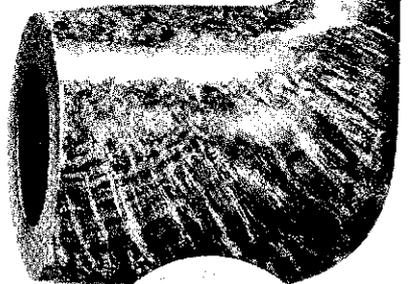


- Kiepenkerl  
Altgold 2,50
- Madastra 2,25
- Kiepenkerl  
Gold 2,-



- Tromp 4,-
- Tromp 3,-
- Dreiflorn 2,50

Qualitäts-Bruyère-Pfeifen in  
vielen Modellen und Preislagen



**TABAKE • PFEIFEN**

der Stadtkommandant lehnte ab: „Nein, das geht nicht. Die müssen mir die Schlüssel selbst bringen, sonst gibt's keinen Pfennig. Jetzt habe ich sie in der Hand.“

Barth warnte: „Menschenskind, mach' doch keinen Unsinn... Es wäre doch jedenfalls das denkbar Bedauerlichste, wenn es 24 Stunden vor Weihnachten... zu irgendwelchen unliebsamen Zusammenstößen käme.“

Genau das geschah. Fluchend verließen die Matrosen, „nun begreiflicherweise ärgerlich“, Barths Zimmer, und Barth eilte zu Ebert, um den Vorfall zu melden. Da erfuhr er, daß die Volksbeauftragten verhaftet worden seien — von den Matrosen. „Kein Mensch darf das Haus verlassen“, klärte der SPD-Volksbeauftragte Landsberg seinen Kollegen auf, „die Telephonzentrale ist gesperrt.“

Doch wieder — wie bei der Verhaftung der Vollzugsrats-Mitglieder am 6. Dezember — ließ sich Barth nicht einschüchtern. Er ging ans Telephon und herrschte den Matrosen an, der sich zunächst weigerte, eine Verbindung herzustellen, er solle „keinen Unsinn machen“. Eine Stunde später waren die Volksbeauftragten wieder frei.

Ebert telephonierte nun auch — mit Major Kurt von Schleicher von der Obersten Heeresleitung: „Sie haben mir immer zugesagt, daß Sie mir... helfen würden. Handeln Sie jetzt.“ Schleicher antwortete: „Ich werde sofort veranlassen, daß die regierungstreuen Truppen des Generalkommandos Lequis... in Marsch gesetzt werden.“ Dann rief der Major das Generalkommando an, und Lequis' Generalstabschef, Harbou, alarmierte die Truppe.

Dorrenbach und ein paar hundert Matrosen zogen derweil zur Stadtkommandantur, und Kommandant Wels ließ seine Republikanische Soldatenwehr aufmarschieren: „Macht euch bereit, die Matrosen sind im Anzug.“ Als auf der Schloßbrücke ein Soldatenwehr-Panzerauto auftauchte, kam es zu der ersten Schießerei: Ein Matrose wurde getötet, mehrere verletzt.

Gegen 18 Uhr erreichten die Matrosen die Stadtkommandantur. Wels erklärte sich nun bereit, die Löhnung auszuzahlen. Die Volksmariner waren zufrieden und wollten abziehen, aber Dorrenbach „gebärdete sich“, so Wels-Adjutant Leutnant Anton Fischer, „wie ein Wilder“ und ließ Wels, Fischer und den Intendantur-Rat Bongard als Gefangene zum Marstall bringen. Wels wurde von aufgebracht Matrosen mißhandelt.

Um 23 Uhr war alles vorbei. Die Matrosen akzeptierten die Forderungen der Volksbeauftragten vom 21. Dezember — Abbau der Volksmarine-division auf 600 Mann —, setzten Dorrenbach ab und wählten Wels-Adjutant Fischer zum neuen Stadtkommandanten. Wels wurde allerdings noch



USPD-Volksbeauftragter Barth  
„Macht euch bereit...“

nicht freigelassen, weil die Matrosen-Führer befürchteten, der Sozialdemokrat würde gelyncht.

Um die gleiche Zeit gingen vor der Reichskanzlei 300 Lequis-Soldaten in Stellung. Als Ebert sie nach Hause schickte, protestierte General Groener: „Ich muß Sie um Aufklärung bitten, was dieses neuerliche Nachgeben gegen die Matrosen zu bedeuten hat... Mit dieser Art des Verhandeln richten Sie den letzten Rest der Truppe, der den Offizieren noch treu ist, zugrunde.“

Der SPD-Chef widersprach: „Es stehen hier höhere Interessen auf dem Spiel als lediglich militärische. Ein Blutbad würde im gegenwärtigen Augenblick die allerschlimmsten Folgen für die innenpolitische Lage des Landes haben.“ Weiterem Drängen des Generals („Ich bedaure, Ihnen hierin



SPD-Stadtkommandant Wels  
... die Matrosen sind im Anmarsch“

nicht folgen zu können“) gab er dann doch nach.

Ebert wies den preußischen Kriegsminister Scheüch an, die Matrosen am nächsten Tag (24. Dezember) „zu Paaren zu treiben“, so Scheüch, „und zur bedingungslosen Übergabe zu zwingen“, und General Lequis, der die Militäraktion durchführen sollte, befahl: „Bewaffneter Widerstand von Matrosen und anderen aufrührerischen Elementen ist mit Waffengewalt zu brechen.“

Am nächsten Morgen standen 800 Soldaten der Gardekavallerie-Schützen-Division vor Schloß und Marstall zum Sturm bereit. Sechs Kanonen waren in Stellung gebracht worden. Andere Truppen besetzten wichtige Gebäude und riegelten die Spree-Insel ab. Auch am Schinkelplatz und im

einen Erfolg: „Die Sache hatte nur das eine Gute, daß Ebert gezwungen war, sein Herz über die Barriere zu werfen, und sich der Säuberung Berlins mit der Waffe nicht mehr widersetzte.“

Ebert erhielt, was er haben wollte, und was ihm freilich schon ohne Waffe zugestanden worden war: Die Matrosen räumten das Schloß und ließen Wels frei. Aber es stellten sich auch die innenpolitischen Folgen ein, die er lieber vermieden hätte: Nach der „Blutweihnacht“ („Rote Fahne“) rückte die Linke noch weiter nach links; die Bürgerkriegsgefahr wuchs. „Es war der Fluch der Revolution“, schrieb Barth später, „daß sie zu viele Generale besaß.“

Am 29. Dezember legten die Volksbeauftragten von der USPD — Haase, Barth und Dittmann — ihre Ämter nieder. „Wir können es nicht verantworten“, begründeten sie, „daß einem Vertreter des alten Gewaltsystems“ (gemeint war der preußische Kriegsminister Scheüch) „die Verfügung über das Leben der Mitmenschen nach seinem Belieben übertragen wird.“

Aber das war es nicht allein. Tatsächlich mußten die USPD-Führer aus der Koalition mit den Sozialdemokraten austreten, wenn sie nicht die Gefolgschaft in der eigenen Partei verlieren wollten. Denn während es der USPD-Vorstand mit der SPD hielt, näherte sich das Fußvolk

immer mehr den revolutionären Obolen und den Spartakisten auf dem linken USPD-Flügel.

So hatten die USPD-Delegierten auf dem Rätekongreß für Sozialisierung und „Entwaffnung der Gegenrevolution“ gestimmt, und viele Unabhängige sogar die Räterepublik gefordert. Der USPD-Vorstand jedoch lehnte alles das ab.

Am 30. Dezember vollzog sich, was sich schon bei der USPD-Gründung am 6. April 1917 angekündigt hatte: Die Spartakisten um Rosa Luxemburg, Liebknecht und dem späteren DDR-Staatspräsidenten Pieck, die der USPD nur angehört hatten, „um sie in der Reichweite unserer Peitsche zu haben“, gründeten eine neue Partei: die KPD (Spartakusbund).

Sie war, so Historiker Eberhard Kolb, „ein schwaches und zufälliges Gebilde“. Die 83 Delegierten — enttäuschte Sozialdemokraten und verbitterte Soldaten, Pazifisten und Intellektuelle — kamen aus 46 Orten, 16 allein aus Berlin und elf aus dem Ruhrgebiet, den beiden einzigen, wenigstens dürftig organisierten Schwerpunkten des Spartakusbundes.

Die meisten Großstädte waren nicht vertreten, und die Delegierten aus den



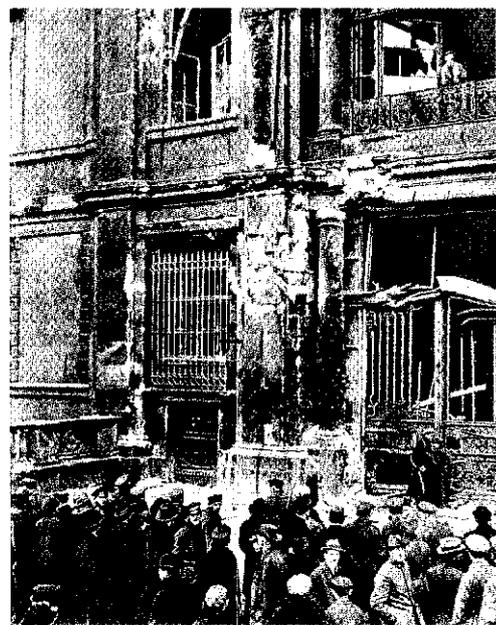
Matrosen im Schloß 1918  
„Zu Paaren getrieben“

Kleinstädten vertreten oft nicht mehr als sich selber. In Erfurt beispielsweise wurden zum Zwecke der KPD-Gründung „alle Spartakusanhänger“ durch Zeitungsinserte aufgerufen, sich zu melden. Es kamen 26.

Im Mittelpunkt dieses zufälligen Gebildes stand, so Journalist Paul Lensch, „der einzige Mann, den ... die deutsche Revolution aufzuweisen hatte“: Rosa Luxemburg, knapp anderthalb Meter groß, mit einem „typisch jüdischen Gesicht“, wie der jüdische Sozialist John Mill fand.

Die damals 47 Jahre alte Holzhändler-Tochter aus dem polnischen Zamosc, deren Temperament — so Rosa über Rosa — ausgereicht hätte, um eine Prärie in Brand zu setzen, hatte schon immer an Revolution gedacht. Als sie 1887 das Warschauer Frauengymnasium verließ, wurde ihr — „wegen oppositioneller Haltung gegenüber den Behörden“ — die Goldmedaille verweigert, die ihr als bester Schülerin zustand. Letztes Zeugnis: 14mal „ausgezeichnet“, fünfmal „sehr gut“.

Zwei Jahre später, nun Mitglied eines revolutionären Zirkels, konnte sie



Beschossenes Schloß 1918  
„Mach doch keinen Unsinn“



Regierungstruppen vor dem Schloß 1918: „Der Film klappt“

Lustgarten wurden Geschütze feuerbereit gemacht.

Um 7.40 Uhr eröffneten Feldgeschütze das Feuer. Wenig später eroberten preußische Gardisten das Schloß, sieben Matrosen und zwei Soldaten kamen ums Leben. Um neun Uhr steckten die Matrosen, es waren nur rund hundert, die übrigen machten Weihnachtsurlaub, die weiße Fahne aus dem Fenster des Marstalls. Major von Harbou, Lequis' Generalstabschef, meldete dem Kriegsministerium Sieg: „Der Film klappt.“

Doch plötzlich riß der Film. Vom Kanonendonner aufgeschreckt, zogen die Urlauber der Volksmarinedivision zum Marstall. Tausende von Arbeitern schlossen sich ihnen an, ein Teil von ihnen war vom Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD), der mit den Spartakisten sympathisierte, in aller Eile mit Karabinern und Handgranaten ausgerüstet worden. Die Menge durchbrach die Absperrung, entwarfnete Offiziere und nahm einige von ihnen gefangen.

Nun mußte Harbou der Obersten Heeresleitung melden: „Truppen des Generalkommandos Lequis sind nicht mehr aktiv verwendungsfähig.“ Harbou-Chef Groener verbuchte dennoch



# „DIES BLUT IST UNS ZU TEUER“

Kontroverse zwischen Rosa Luxemburg und August Bebel

Die revolutionäre Tradition zu verteidigen, fand sich in der Sozialdemokratie nur eine schwindende Minorität. Ihre temperamentvollste Sprecherin war Rosa Luxemburg. Die Mehrheit vertraute auf einen evolutionären, naturnotwendigen Übergang zum Sozialismus. Allen voran der Parteivorsitzende August Bebel.

Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag 1905:

Wenn man die bisherigen Reden in der Debatte zur Frage des politischen Massenstreiks hier gehört hat, muß man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution (des Jahres 1905) oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? (Sehr richtig!) ... Da verlangt man, daß wir sagen, wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Könnt ihr es auf euer Gewissen nehmen, daß Blut fließt? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf um das Blut der Massen zerbrechen, denn die Verantwortlichkeit ruht gerade nicht bei den Genossen, die diese Frage stellen ... wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkauft sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für ihre eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer ... Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! ... Gegenüber der ganzen Kleingeisterei müssen wir uns sagen, daß für uns die letzten Worte des kommunistischen Manifestes nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern daß es uns blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen (Beifall und Widerspruch).

August Bebel auf dem Jenaer Parteitag 1905:

Nun hat die Debatte nach einer Richtung einen etwas seltsamen Charakter angenommen. Ich habe mit Ausnahme der Jahre, in denen ich mich in Staatspension\* befand, allen Parteikongressen beigewohnt. Aber eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen wäre wie in der heutigen, habe ich noch nicht gehört. (Heiterkeit.) Als ich das alles hörte, habe ich ein paarmal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen ge-

\* Gemeint ist die politische Gefängnishaft: 1869/70 drei Monate „wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren“; 1882 vier Monate „wegen Beleidigung des Bundesrates“.

sehen, ob diese nicht bereits im Blute wateten. (Große Heiterkeit.) ... Ich in meinem harmlosen Gemüt habe an all das gar nicht gedacht. Ich glaube, auch meine heutige Rede bietet durchaus keine Veranlassung, mich als so blutigierig hinzustellen ... Wenn Heine (SPD-Reichstagsabgeordneter für Berlin) sagt, das Blut des Volkes sei ihm zu kostbar, so antworte ich: so viel sollte man jeden in diesem Saale kennen, daß niemand hier ist, der leichtsinnig mit dem Blute des Volkes umgeht. Keiner unter uns wird leichtfertig nach Blutvergießen schreien. Aber wenn ohne unser Zutun es dazu käme, so erkläre ich, daß an dem Tage, wo es wirklich dazu kommen sollte, ihr mich nicht bei der Arriergarde, sondern bei der Avantgarde findet (stürmischer Beifall), wie ich all mein Leben lang immer in der ersten Reihe gestanden habe (Beifall) ...

Wir Sozialdemokraten fassen den Begriff revolutionär so auf, daß er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiert. Es kann eine Bewegung gewaltsam durchgeführt werden und doch reaktionär wirken, und auf der anderen Seite kann eine Bewegung, die friedlich verläuft, viel wirksamer und tiefgehender sein als alle Gewaltkämpfe.



Rosa Luxemburg  
„Eine Welt zu gewinnen“



Häffling Rosa Luxemburg 1906  
„Es lebe die Re ...“

auf seinem Schein besteht, und mir paßt es nicht, eine Gerichtssache wegen einer Bäckerrechnung zu haben.“

Sie steckte sich die Haare auf, um größer zu wirken, und sie schwärmte für Mozart und Beethoven, Tizian und Rembrandt, Goethe und Mörrike.

Jeden Morgen spazierte sie eine Stunde durch den Tiergarten. Jeden Tag nahm sie, wenn nichts dazwischen kam, pünktlich um 12.30 Uhr das Mittagessen ein — „für 60 Pfennig“. Dann legte sie sich „bums aufs Sofa“, und abends aß sie reichlich: „Drei weiche Eier, Brot mit Butter, Käse oder Schinken und noch ein Glas heiße Milch“ — einen Liter täglich.

Zur Jahreswende 1905/06, als die polnischen Landsleute gegen das despotische Zaren-Regime aufmuckten, glaubte die Mitbegründerin der polnischen Sozialdemokratie zum erstenmal, eine revolutionäre Tat vollbringen zu können. Sie schmuggelte sich in einen Militärzug und fuhr nach Warschau. „Die Arbeit geht gut, heute beginne ich.“

Doch die Arbeit ging gar nicht gut. Der erwartete Aufstand blieb aus, die „Journalistin Anna Matschke“ (Rosa Luxemburg) wurde im Hause der Gräfin Walewska verhaftet und auf der Warschauer Festung in den berühmtesten Pavillon X gesperrt: „Nun, es muß auch so gehen“, schrieb sie einer Freundin: „Es lebe die Re ...“

Als Rosa Luxemburg gegen Jahresende nach Deutschland zurückkehrte, wandte sie sich wieder der revolutionären Theorie zu. Sie wurde Lehrerin an der Berliner SPD-Parteischule. Einer ihrer eifrigsten Schüler: Wilhelm Pieck.

„Die Revolution ist großartig“, dozierte sie, „alles andere ist Quark.“ Aber so radikal die „blutrote Rosa“ auf sanfte Sozialdemokraten wirkte, so wenig unterschied sich letztlich ihre Revolutionstheorie von den Theorien eines Bebels oder Kautskys.

Revolution — das bedeutete für sie nicht bewaffneter Handstreich, sondern langer Marsch: Bewußtwerdung der Massen und Legitimation durch die Massen, wenn nicht anders möglich,

# Doppelt mobil mit Modobil®



## Wirkstoff zur Verhütung vorzeitigen Alterns

„Der Mensch ist so alt wie seine Gefäße“. Diese medizinische Grunderkenntnis führte erstmals zum Einbau der gefäßwirksamen Substanz Aescin in eine Wirkstoffkombination zur Verlangsamung des Alterungsprozesses. Die bekannten Gefäßschäden wie Arterienverkalkung und Venenstauungen werden nun gezielt bekämpft. Der Name der neuen „Jungerhaltungskapsel“ ist MODOBIL. Sie enthält u. a. auch H 3 (Procain) und Haematoporphyrin, welches das Wohlbefinden steigert. Doppelt mobil – mit MODOBIL.

**30 Tage Modobil DM 11,15.**  
In allen Apotheken – rezeptfrei.

dann wenigstens nachträglich. Eben- sowenig wie die braven Sozis wollte sie Diktatur, und sei es die Diktatur des Proletariats.

Freilich – und das unterschied sie von SPD-Theoretikern und SPD- Praktikern gleichermaßen: Sie wollte nicht abwarten, bis die Wähler der SPD wie von selbst zur Macht verhül- fen, sondern durch fortwährende Ak- tionen, Streiks und Demonstrationen den Prozeß beschleunigen.

Begeistert feierte Rosa Luxemburg die siegreiche Revolution in Rußland: „Eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Äonen nicht untergehen wird.“ Aber kategorisch lehnte sie die So- wjet-Diktatur ab: „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“ – ein demokratischer Imperativ, wie ihn prägnanter noch kein Demokrat formuliert hat, wenngleich kein Plä- doyer für die bürgerliche Demokratie.

„Rosa meinte“, so Luxemburg-Bio- graph Nettl, „eine Demokratie, die... erst nach dem Sieg der Revolution mög- lich wurde.“

„Lenin... vergreift... sich völlig im Mit- tel“, schrieb sie in der im Gefängnis ver- faßten Schrift „Die russische Revolution“, die Nettl eine „fast hellseherische Anklage gegen die Bolschewiki“ nannte, und forderte: „Unein- geschränkteste brei- teste Demokratie“, „Presse- und Ver- sammlungsfreiheit“, „allgemeine Wah- len“: „Die Schrek- kenherrschaft demo- ralisiert.“

Als in Berlin, am 9. November 1918, Hunderttausende Ar- beiter und Soldaten für die Revolution auf die Straße gingen, wurde Rosa Luxemburg, die von 51 Kriegsmonaten 38 Monate in Haft zugebracht hatte\*\*, in Breslau aus dem Gefängnis entlas- sen: „Mit welcher Freude wurde sie von den Freunden... begrüßt“, schrieb Spartakist Paul Frölich, „und mit wel- cher Wehmut.“

Für die sozialistische Revolution kam sie zu spät – und zu früh. Denn, so schrieb sie selber: „Auch die größte Revolution kann nur das vollbringen, was durch die Entwicklung reif ge- worden ist.“ Und: „Scheidemann/ Ebert sind die berufene Regierung der deutschen Revolution in ihrem heuti- gen Stadium.“

Am Silvester-Nachmittag trug Rosa Luxemburg den KP-Gründern das

\* Von links: Lehrer Rosa Luxemburg, August Bebel, Schüler Wilhelm Pieck (x).

\*\* 1914 wurde Rosa Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil sie auf einer Kundgebung gesagt hatte: „Wenn uns zuge- mutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen... Brüder zu erheben, dann rufen wir: das tun wir nicht.“ Ein halbes Jahr nach Verbüßung der Strafe wurde sie bis Kriegsende in „Schutzhaft“ genommen

Parteiprogramm vor, das sie ganz al- lein entworfen hatte: „Nun, Genos- sen... wir sind wieder bei Marx, un- ter seinem Banner.“

Sie wollte die Räte allmächtig ma- chen, die sich gerade als machtlos er- wiesen hatten. „Wir müssen den bür- gerlichen Staat aushöhlen“, rief sie den Genossen zu, „indem wir überall die öffentliche Macht... in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.“

Polizisten und Offiziere der alten Armee sollten entwaffnet, die „ge- samte erwachsene männliche proleta- rische Bevölkerung“ sollte bewaffnet werden. An die Stelle der alten Behör- den sollten Arbeiter- und Soldatenräte treten, alle Parlamente und Gemein- deräte sollten verschwinden, Grund und Boden, Banken und Bergwerke enteignet werden.

Das wollten die KP-Genossen auch, aber sie wollten es – im Gegensatz zu Rosa Luxemburg („Wir verab-



SPD-Parteischule 1908\*: „Ihr macht es euch zu bequem“

scheuen den Meuchelmord“) – sofort und mit Gewalt.

Während Rosa Luxemburg empfahl, auf dem langen Marsch ins sozialisti- sche Paradies einen Umweg über die Nationalversammlung einzuschlagen, wollten vor allem die jungen Genos- sen die Nationalversammlung „mit Maschinengewehren auseinanderja- gen“. Mit 62 gegen 23 Stimmen lehnten die KP-Gründer einen Antrag der Ber- liner Spartakisten-Zentrale ab, an den Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen.

Enttäuscht sprach Rosa Luxemburg: „Genossen, ihr macht euch euren Ra- dikalismus etwas sehr bequem.“

### IM NÄCHSTEN HEFT

Der Spartakus-Aufstand – Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – Bayern wird Räte-Republik – So- zialdemokrat Noske schafft Ordnung – Nationalversammlung in Weimar